03.06.24

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zum Gesetz zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Änderung des Energiedienstleistungsgesetzes

Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz
Parlamentarischer Staatssekretär

Berlin, 29. Mai 2024

An die
Präsidentin des Bundesrates
Frau Ministerpräsidentin
Manuela Schwesig

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

namens der Bundesregierung übersende ich Ihnen in der Anlage die Antwort der Bundesregierung zur Entschließung des Bundesrates zum Gesetz zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Änderung des Energiedienstleistungsgesetzes (BR-Drucksache 478/23 (Beschluss)) vom 20. Oktober 2023.

Mit freundlichen Grüßen
Stefan Wenzel

siehe Drucksache 478/23 (Beschluss)

**Antwort der Bundesregierung zur Entschließung des Bundesrates
zum Gesetz zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Änderung
des Energiedienstleistungsgesetzes (BR-Drs. 478/23 (Beschluss))
vom 20. Oktober 2023**

Zu der Entschließung des Bundesrates vom 20. Oktober 2023 wird wie folgt Stellung genommen:

Zu Ziff. 1 Buchstabe a)

Das BMWK betreibt einen fortgesetzten Austausch mit den Ländern zur Unterstützung bei der Umsetzung des Energieeffizienzgesetzes. Dazu gab es zuletzt ein Bund-Länder-Treffen am 21. März 2024 mit Schwerpunkt zu § 5 Energieeffizienzgesetz, bei dem im Nachgang direkt weitere Unterlagen und Informationen sowie die Power Point Präsentation per E-Mail übermittelt wurden. Im Rahmen der Umsetzung von § 6 Energieeffizienzgesetz, der der Umsetzung von Art. 5 Energieeffizienzrichtlinie (EED) dient, sehen wir weitere Austauschbedarfe. Derzeit warten wir weiterhin die Übersendung der Guidance Notes zu Art. 5 EED von der EU Kommission ab, um final die Informationen auszuarbeiten und zur Verfügung stellen zu können.

Zu Ziff. 1 Buchstabe b)

Die novellierte Energieeffizienzrichtlinie ist am 10. Oktober 2023 in Kraft getreten und adressiert Deutschland als Mitgliedstaat. Mithin sind aufgrund der föderalen Struktur Deutschlands ebenfalls die Bundesländer direkte Adressaten der Richtlinie. Für eine schnelle Umsetzung der EU-Vorgaben hat der Bund den Ländern eine Verordnungsermächtigung nach § 6 Absatz 8 Energieeffizienzgesetz gegeben. Ebenso sollen über den Bund-Länder-Austausch essenzielle Informationen geteilt und Hilfestellungen gegeben werden. Eine finanzielle Unterstützung der Länder bei der Finanzierung der Mehraufwendungen auf Landes- und kommunaler Ebene ist nicht angezeigt.

Zu Ziff. 1 Buchstabe c)

Zusammen mit der Bundesstelle für Energieeffizienz werden die Informationen zur Umsetzung des Energieeffizienzgesetzes ausgearbeitet und per Merkblätter zur Verfügung gestellt. Auch werden die wesentlichen Informationen im Bund-Länder-Austausch fortgeführt vorgestellt und geteilt. Dies gilt auch für die Definition der Sektoren.

Zu Ziff. 2

Im Grundsatz ist das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) für den Vollzug von § 19 Energieeffizienzgesetz zuständig. Einzige Ausnahme ist nach § 19 Absatz 3 Halbsatz 2 Energieeffizienzgesetz die Nummer 7 in Absatz 1. Diese Ausnahme dient der praktikablen und effektiven Umsetzung. Denn die Behörden auf Landesebene sind vor Ort, kennen die örtlichen Unternehmen und deren Anlagen u.a. aus dem Vollzug des BImSchG und des Baurechts und haben ein gesteigertes Interesse im Rahmen der künftigen Wärmeplanung an der Umsetzung der Vorgabe von § 16 Energieeffizienzgesetz. Zudem ergeben sich aus den Daten der Plattform für Abwärme (§ 17 EnEfG) keine ausreichenden Daten, um Rückschlüsse zu ziehen, ob die Pflichten zur Verwendung und Vermeidung von Abwärme aus § 16 EnEfG befolgt werden. Dies erfordert weitergehende Informationen über die vorhandenen Anlagen und Prozesse, über die das jedoch BAFA nicht verfügt.